

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Befreiungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf. — Anzeigenpreis 10 Pf.

Verantwortlich: Dr. Heinrich Auer, Leipzig, Postfach 100. — Druck: Dr. Heinrich Auer, Leipzig, Postfach 100.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Adresse: Auer, Leipzig, Postfach 100.

Nr. 194

Freitag, den 19. August 1932

27. Jahrgang

Papen erklärt:

„Wir werden lange im Amte sein“

Der Kanzler über Hitlers Forderungen

London, 17. Aug. Der Berliner Neuter-Vertreter berichtet über ein Interview, das ihm Reichskanzler von Papen gewährt hat. Auf die Frage des Neuter-Vertreters, ob der Kanzler glaube, daß seine Regierung kommende Weihnachten noch im Amte sei, antwortete der Kanzler: „Wir werden für lange Zeit im Amte sein“. Weiter erklärte der Reichskanzler, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Wege gehen wolle. Wie der Neuter-Vertreter erklärt, schien der Kanzler von der Zuversicht erfüllt, daß ein Appell an den gesunden Menschenverstand der Parteien nicht ohne Erfolg bleiben könne, da auch die Parteien sich klar darüber sein müßten, daß es keine Regierung gebe, die an die Stelle der gegenwärtigen treten könne. Sollte jedoch ein Misstrauensvotum zur Annahme gelangen, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln, wobei sie in jeder Beziehung die Absicht habe, die Verfassung zu achten. Der Neuter-Vertreter wies dann darauf hin, daß Hitler entschieden bestritte, in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben, und hat Herrn von Papen um eine Äußerung zu diesem Dementi. Der Kanzler erklärte, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweifel geben könne. Der Führer der NSDAP.

habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate mit seinen ungeduldrigen Anhängern einen schweren Stand gehabt habe, und habe erklärt, er könne einen Anteil an der Regierungsgewalt nicht annehmen, sondern müsse sie in ihrer Gesamtheit verlangen. Er könne nur für eine Regierung kämpfen, die sich ganz und gar mit seiner Bewegung identifiziere.

Nachdem der Neuter-Korrespondent dann noch einmal als seinen Eindruck hervorgehoben hatte, daß Herr v. Papen hinsichtlich der Zukunft seines Kabinetts durchaus zuversichtlich sei, berichtete er weiter: Der Kanzler gab der Hoffnung Ausdruck, es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP, um ihre Ziele zu erreichen, sich zu Wegsätzen Schritten hinreichend lassen werde. Er habe von Adolf Hitler eine Zusicherung in diesem Sinne erhalten und habe seinen Anlaß, Hitler nicht zu glauben. Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken. „Wie die Dinge liegen“, erklärte der Kanzler weiter, „steht das deutsche Volk jetzt wieder geschlossenem denn je hinter seinem obersten Führer, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg, und ist voll Vertrauen in seine weise Führung“.

Reichstag einberufen

Berlin, 18. Aug. Der Präsident des Reichstages hat nach einer Rücksprache mit dem Reichskanzler den Reichstag auf den 30. August, nachmittags 3 Uhr, einberufen.

Oesterreich verkauft sich

Eine Stimme Mehrheit für die Annahme des Kaufmannsprotokolls

Wien, 17. Aug. Der Nationalrat hat heute in namentlicher Abstimmung das Kaufmannsprotokoll mit 81 gegen 80 Stimmen angenommen. Für das Protokoll stimmten die Christlich-Sozialen, der Landbund und sechs Mitglieder des Heimatschlusses. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und zwei Heimatsabgeordnete. Ein großdeutscher Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung war vorher mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt worden.

Winnen. Es wurde aber anerkannt, daß unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglicher Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfange als bisher vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflicht erörtert. Dabei wurde festgestellt, daß der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichen Förderung bedarf und daß in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefunden werden können.

Weitere Finanzierungsbesprechungen mit Dr. Lütke

Berlin, 17. Aug. Wie wir erfahren, fand heute abend in der Reichskanzlei eine längere Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten statt, an der auch der Reichswirtschafts- und Reichsfinanzminister teilnahmen. Bei dieser Besprechung handelt es sich um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung. Sie ist die Fortsetzung einer Zusammenkunft, die bereits heute mittag zwischen dem Kanzler und dem Reichsbankpräsidenten allein stattgefunden hat. Man muß sie im Rahmen der zahlreichen Ressortbesprechungen sehen, die in diesen Tagen stattfinden und die diesmal einen etwas anderen Charakter haben als sonst. Früher verhandelt man unter Ressortbesprechungen Verhandlungen zwischen den einzelnen Ministerien, in diesem Fall liegt die Leitung immer in der Hand des Reichskanzlers. Es ist anzunehmen, daß zum mindesten auch noch die nächste Woche mit solchen Verhandlungen ausgefüllt sein wird.

Keine sofortige Ueberleitung des freiwilligen Arbeitsdienstes in die Arbeitsdienstpflicht

Berlin, 17. Aug. Zu den Meldungen einiger Zeitungen, die die Reichsregierung beabsichtige, den freiwilligen Arbeitsdienst in die Arbeitsdienstpflicht bestimmter Jahrgänge überzuführen, hören wir von unterrichteter Seite, daß im Reichsarbeitsministerium von einer solchen Wästel nichts bekannt sei. In der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst habe die Reichsregierung erklärt, daß sie ihre Aufmerksamkeit der Entwicklung des Arbeitsdienstes widmen werde. Bisher könne jedenfalls ein außerordentlicher Erfolg des Arbeitsdienstes festgestellt werden. Weiter habe die Reichsregierung den Reichskommissar für den Arbeitsdienst aufgefordert, ein Gutachten über die Entwicklungsmöglichkeiten im Arbeitsdienst vorzulegen. Dieses liegt aber bisher noch nicht vor. Wie der Arbeitsdienst weiter ausgebaut werde, könne daher heute noch nicht gesagt werden.

Die Einsetzung von Staatskommissaren

in 50 preussischen Gemeinden
Berlin, 17. Aug. Nach in der Presse aufgetauchten Anknüpfungen sollte noch heute mit dem Erlass einer Verordnung zu rechnen sein, durch die in etwa 50 preussischen Gemeinden Staatskommissare mit dem Auftrage eingesetzt werden, für die Ueberführung rückständiger Steuern zu sorgen. Eine solche Verordnung wird heute nicht mehr kommen, sondern erst morgen oder übermorgen. Die Besprechungen

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden

Berlin, 17. Aug. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, Landrat a. D. Gercke-Pressel, hatte heute zu einem Presseabend im Hause der Deutschen Post eingeladen, auf dem das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden erläutert wurde. Dr. Gercke erklärte, es müsse mit allen Mitteln dafür Sorge getragen werden, daß sich alle maßgebenden Organisationen und Parteien zur positiven Lösung der deutschen Schicksalsfrage, der Beseitigung der Erwerbslosigkeit, bekennen, damit nicht die besten und erfolgversprechendsten Vorschläge deshalb nicht durchgeführt würden, weil sie als Empfehlungen einer Partei oder Organisation von den übrigen abgelehnt würden. Die Vorschläge der Landgemeinden, die in Vertreten mit ausführlicher Begründung zusammengefaßt sind, gehen von folgenden Erwägungen aus: Trotz schwerster Verluste auf verschiedenen Gebieten ist uns die Arbeitskraft des deutschen Volkes als stärkstes Mittel zur Belebung der Wirtschaft geblieben. Diese Arbeitskraft kann heute bei rund sechs Millionen Erwerbslosen nicht annähernd genutzt werden, obwohl genügend volkswirtschaftlich wichtige Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung stehen. Diese volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten müssen unter Einschaltung der Privatwirtschaft zu vollem Lohn von der öffentlichen Hand durchgeführt werden. Zur Trägerrolle dieser Arbeiten ist die öffentliche Hand deshalb berufen, weil es sich bei den Maßnahmen vielfach um Arbeiten handeln muß, die ihrer Natur nach nicht im privatwirtschaftlichen Sinne rentabel sind und die infolgedessen von der Privatwirtschaft nicht in Angriff genommen werden. Zur Finanzierung eines wirklich umfassenden Arbeitsbeschaffungsprogrammes muß ein neuer Weg beschritten werden, und zwar die zinslose Kreditbeschaffung der öffentlichen Hand bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die ihre Deckung, wie die Anleihen der öffentlichen Hand bisher, in der Steuerkraft der Bevölkerung findet. Selbstverständlich müßte die Kreditbeschaffung von einer zentralen Stelle, am besten von einem eigens mit großen Vollmachten eingesetzten Reichskommissar, planmäßig überwacht und begrenzt werden, um jede Gefährdung der Währung auszuschließen. Was heute in der Öffentlichkeit vielfach verwechselt und durcheinandergeworfen wird, ist die Kreditbeschaffung und die Beschaffung der für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm notwendigen Geldzeichen. Wenn man den bargeldlosen Verkehr nach Kräften belebt und zu seiner Förderung auch das Scheckgesetz verschärft, dann sind zur Inangriffnahme auch eines großen Arbeitsbeschaffungsprogrammes relativ nur geringe Mengen von Geldzeichen nötig, die die Reichsbank ohne irgend eine Gefährdung der Währung zur Verfügung stellen kann. Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gercke darauf hin, daß die Reichsregierung bereits seit längerer Zeit ebenso wie ihre Vorgängerin mit der Ausarbeitung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes beschäftigt sei. Was sie im einzel-

nen an bekannten Vorschlägen habe, könne ohne weiteres organisch in den weitergehenden Plan der Landgemeinden eingearbeitet werden.

NSDAP. und Reichsbanner

für den Arbeitsbeschaffungsplan der Landgemeinden

Berlin, 17. August. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Preussischen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden ist vorher bereits mit Organisationen der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und mit Vertretern der Wehrverbände der verschiedensten Richtungen besprochen worden. Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten Dr. Gercke nahm Kornemann von der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP. das Wort zu einer kurzen Erklärung, in der er sein völliges Einverständnis mit dieser Art der Selbsthilfe der untersten deutschen Verwaltungskörper ausdrückte und dem vorgelegten Arbeitsbeschaffungsplan den vollsten Erfolg wünschte. Darauf ergriff der Generalsekretär des Reichsbanners Schwärzling das Wort und erklärte, daß der heutige Tag durchaus ein Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Zukunft des deutschen Volkes sein könne. Er gab sodann ebenfalls seine Zustimmung zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie zur Arbeitsbeschaffung

Berlin, 17. August. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich heute unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit der wirtschaftspolitischen Lage und nahm u. a. — auf Grund eines Referates von Generaldirektor Dr. Plekowitz — zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Hierüber wird von dem Verband folgende Erklärung ausgegeben: Der Reichsverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, daß auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliardenprojekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Demnungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derart gesenkt werden, daß die Betriebe wieder rentabel wirtschaften

SO 16